

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffen Kotré, René Springer, Joachim Wundrak und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/13552 –**

Mögliche Einmischung der deutschen Botschafterin in die inneren Angelegenheiten Ungarns

Vorbemerkung der Fragesteller

Die deutsche Botschafterin in Ungarn, Julia Gross, hat am 3. Oktober 2024 anlässlich des Tags der Deutschen Einheit eine Rede gehalten, in der sie sich dezidiert auch an Ungarns Wähler wandte und scharfe Kritik an der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán äußerte. Ihre Äußerungen wurden von der ungarischen Regierung als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns gewertet; der ungarische Außenminister Péter Szijjártó forderte die deutsche Botschafterin zu einer formellen Unterredung ein. Die Rede der Botschafterin hat zu diplomatischen Spannungen zwischen Deutschland und Ungarn geführt und wurde nicht nur von ungarischen Medien und Offiziellen als grob undiplomatisch kritisiert (www.tichyseinblick.de/kolumne/n/aus-aller-welt/deutsche-botschafterin-einbestellt-ungarn-julia-gross/; jungefreiheit.de/politik/ausland/2024/ungarn-bestellt-deutsche-botschafterin-ein/; www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarn-braucht-keine-wahlempfehlung-einbestellung-der-deutschen-botschafterin-110027272.html; www.faz.net/aktuell/politik/diplomatischer-eklat-zwischen-berlin-und-budapest-110027287.html; www.faz.net/aktuell/politik/wegen-kritischer-bemerkungen-bei-einheitsfeier-ungarn-bestellt-deutsche-botschafterin-ein-110025159.html; www.focus.de/politik/ausland/unmut-in-budapest-deutsche-botschafterin-wegen-kritik-an-regierung-einbestellt_id_260365507.html; www.stern.de/politik/ungarn-bestellt-deutsche-botschafterin-wegen-kritischer-aeusserungen-ein-35116058.html; www.deutschlandfunk.de/inakzeptable-aeusserungen-regierung-in-budapest-bestellt-deutsche-botschafterin-ein-100.html; ungarnheute.hu/news/deutsche-botschafterin-wegen-ihrer-inakzeptablen-rede-ins-aussenministerium-vorgeladen-48282/; www.welt.de/politik/ausland/article253833338/Rede-zur-Deutsche-Einheit-Inakzetabel-Ungarn-bestellt-deutsche-Botschafterin-ein.html).

Medienberichten zufolge hielt die Botschafterin ihre Rede vor anderen Diplomaten, Vertretern sogenannter Nichtregierungsorganisationen und ungarischen Amtsträgern (www.reuters.com/world/europe/german-envoy-urges-hungarian-s-safeguard-relations-with-eu-nato-2024-10-03/).

1. Verfügt die Bundesregierung über eine Abschrift oder eine anderweitige vollständige Dokumentation der Rede der deutschen Botschafterin, und wenn ja, kann die zur Verfügung gestellt bzw. veröffentlicht werden?

Der Bundesregierung liegt die Rede der deutschen Botschafterin vor. Die Rede wurde öffentlich gehalten und ist damit bereits öffentlich.

2. Welche Staaten waren bei der Rede durch Diplomaten und welche Nichtregierungsorganisationen durch Vertreter im Publikum präsent?

Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter der ungarischen Regierung und des diplomatischen Corps sowie Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft sowie dem Parlament und Nichtregierungsorganisationen.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die Rede der deutschen Botschafterin Julia Gross im Hinblick auf die im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen festgelegten Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Empfängerstaates?
6. Hat sich die Bundesregierung zu der Auffassung der ungarischen Regierung, dass die Rede der deutschen Botschafterin die Souveränität Ungarns verletzt habe, eine Positionierung erarbeitet, und wenn ja, wie lautet diese?
8. Hat sich die Bundesregierung zu den öffentlichen Festlegungen der ungarischen Medien und Regierungsvertreter, die die Rede von Julia Gross als „inakzeptabel“ und „grenzüberschreitend“ bezeichnet haben (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), eine eigene Auffassung erarbeitet, und wenn ja, welche?
10. Welche diplomatischen Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ggf. ergriffen, um die Spannungen mit der ungarischen Regierung infolge der Äußerungen der Botschafterin zu entschärfen?
11. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vorfall für die zukünftige Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn?

Die Fragen 3, 6, 8, 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet.

Es gehört zu den Kernaufgaben einer Botschaft nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD), die Interessen des Entsendestaats und seiner Angehörigen im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen, freundschaftliche Beziehungen zwischen Entsendestaat und Empfangsstaat zu fördern und ihre wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen auszubauen. Die Förderung dieser Ziele war auch Leitmotiv der Rede.

In Umkehrschluss aus Artikel 41 Absatz 1 Satz 2 WÜD ist es Diplomaten und Diplomaten nicht verwehrt, sich zu Angelegenheiten des Empfangsstaats öffentlich und bei Bedarf auch kritisch zu äußern.

4. Inwieweit war die Rede der deutschen Botschafterin mit dem Auswärtigen Amt oder anderen relevanten Stellen der Bundesregierung abgestimmt?
5. Steht die Rede im Einklang mit der von der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock proklamierten sogenannten feministischen oder wertebasierten Außenpolitik?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Die Rede befindet sich im Einklang mit der Haltung der Bundesregierung.

7. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die ungarische Regierung in der Vergangenheit ähnliche Vorwürfe der Einmischung gegenüber Diplomaten Deutschlands oder anderer Staaten erhoben hat?

Über allgemein zugängliche Presseberichte hinaus liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

9. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass der Vorfall das Vertrauen in die deutsch-ungarischen bilateralen Beziehungen nachhaltig beeinträchtigen könnte?

Nein.

12. Hat die Bundesregierung eine Überprüfung der Dienstpflichten von Julia Gross eingeleitet, um festzustellen, ob ihre Äußerungen mit ihren amtlichen Aufgaben und Verpflichtungen im Einklang standen?
13. Wurden Disziplinarmaßnahmen gegen Julia Gross ergriffen oder sollen welche ergriffen werden (bitte ggf. nennen)?

Die Fragen 12 und 13 werden gemeinsam beantwortet.

Im Sachverhalt gibt es keine Anknüpfungspunkte für eine disziplinarische Untersuchung. Darüber hinaus äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht zu Personaleinzelfällen.

14. Wurden in den vergangenen Jahren gegen andere deutsche Diplomaten in Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland Disziplinarmaßnahmen ergriffen, und wenn ja, bitte seit 2017 nach Jahr, Empfangsstaat und Dienstposten aufschlüsseln?

Vom Auswärtigen Amt durchgeführte Disziplinarverfahren werden nicht nach den in der Frage benannten Parametern des Empfangsstaats und der jeweiligen Dienstposten statistisch erfasst. Zudem sind bei abgeschlossenen Disziplinarverfahren die Verwertungsverbote und damit einhergehende Löschfristen gemäß § 16 des Bundesdisziplargesetzes (BDG) zu beachten, so dass sich auch aus den noch vorhandenen Akten kein vollständiges Bild ergibt. Es wird daher zur Beantwortung der Frage auf die anonymisierten Zulieferungen des Auswärtigen Amtes zur Bundesdisziplinarstatistik zurückgegriffen, die das Bundesministerium des Innern und für Heimat führt und die jährlich auf der dortigen Internetseite (www.bmi.bund.de) veröffentlicht wird. Die Fallzahlen des Auswärtigen Amtes fließen jeweils in die Bundesdisziplinarstatistik ein; eine Aufschlüsselung nach einzelnen Ressorts erfolgt dabei nicht. In den Jahren seit 2017 bis 2023 wurde vom Auswärtigen Amt folgende Anzahl verhängter Diszi-

plinarmaßnahmen an das Bundesministerium des Innern und für Heimat übermittelt:

Jahr	Anzahl
2017	2
2018	3
2019	2
2020	2
2021	1
2022	4
2023	1

Für das Jahr 2024 erfolgte noch keine Übermittlung; bis Ende Oktober 2024 wurde in zwei Fällen eine Disziplinarmaßnahme ergriffen.

15. Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung ggf. zu unternehmen, um sicherzustellen, dass deutsche Diplomaten die notwendige Zurückhaltung in Bezug auf die innenpolitischen Angelegenheiten von Gastländern wahren?

Deutsche Diplomatinen und Diplomaten sind sich ihrer Rechte und Pflichten nach dem WÜD, einschließlich nach Artikel 41, bewusst. Das WÜD ist regelmäßig Gegenstand der Aus- und Fortbildung im Auswärtigen Amt.

16. Wenn die Bundesregierung die Äußerungen von Julia Gross als nicht angemessen bewertet (vgl. Fragen 3, 6, 8, 9, 10, 12, 13), werden deutsche Diplomaten auch weiterhin innere Angelegenheiten fremder Staaten kommentieren, ist das die Absicht der Bundesregierung, und wenn ja, soll dies systematisch erfolgen?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 3 und 15 verwiesen.